



DIE GRÜNEN IM RAT
GRÜN-OFFENE LISTE IN OBERHAUSEN

G r ü n e

GRÜNE Ratsfraktion Oberhausen * Elsässer Str. 19 * 46045 Oberhausen

Fraktionsgeschäftsstelle

Heike Laß
Fraktionsreferentin
Elsässer Str. 19
46045 Oberhausen
Telefon: 0208 - 82 02 96
Durchwahl: 0208 - 82 02 971
Telefax: 0208 - 82 02 980
fraktion@gruene-oberhausen.de
www.gruene-ratsfraktion-oberhausen.de
Stadtsparkasse Oberhausen
Konto-Nr.: 182 873
Bankleitzahl: 365 500 00
5 Min. vom HBF
Nähe Friedensplatz

26.2.2008

P R E S S E M I T T E I L U N G

Hartz IV Gesetze und Bananen....vergleichbar? Ja! Beides reift beim Kunden

"Man könnte auch sagen, die Gesetze sind mit der heißen Nadel gestrickt", so der Sprecher der Grünen Ratsfraktion, Volker Wilke. Er hatte eine kleine Anfrage zum Thema ‚Widersprüche und Klagen gegen Entscheidungen der ARGE SODA‘ gestellt. „Ein Drittel aller Widersprüche sind berechtigt und 9% aller Widersprüche im Zeitraum 2006 bis Oktober 2007 wurde aufgrund fehlerhafter Rechtsanwendung stattgegeben. Das heißt, bei 378 Anträgen war die Rechtsauslegung durch die MitarbeiterInnen der ARGE SODA bei genauerem Hinsehen nicht haltbar. Das macht den größten Anteil der für die Hartz IV- EmpfängerInnen entscheidenden Widersprüche aus,“ empört sich Wilke.

Die Widersprüche richten sich in der Mehrzahl gegen Einkommensanrechnungen und Kosten der Unterkunft. „Es gibt soetwas wie eine Rechtsfortschreibung der Hartz IV-Gesetze durch die Gerichte, d.h. bei Klagen wird festgestellt, dass die Gesetze an manchen Stellen uneindeutig sind und durch die Rechtssprechung wird das Gesetz verbessert. Das Ganze auf dem Rücken der ALG II EmpfängerInnen,“ konstatiert der Grüne.

Auch die hohe Zahl befristet Angestellter bei der ARGE trägt zu der Menge falscher Bescheide bei. Komplizierte Gemengelagen erfordern intensive Einarbeitung und Erfahrung. Das ist aber bei so kurzfristig Beschäftigten gar nicht möglich. Auch für die sachbearbeitenden Angestellten eine unbefriedigende Situation.

„Wir fordern einen höheren Anteil unbefristigt Beschäftigter bei der ARGE SODA in Oberhausen. Außerdem muss dieses Experiment am lebenden Objekt, sprich ALG II-EmpfängerInnen, beendet werden und die Gesetze für alle Beteiligten eindeutig und umfassend formuliert werden. Weder den Kundinnen und Kunden, noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE SODA ist diese Rechtsunsicherheit länger zuzumuten,“ fordert der Volker Wilke an Stadt und Bund.